

Generationenvertrag

Die Altersvorsorge ist finanziell so zu stabilisieren, dass auch **künftige Generationen** davon profitieren können. Der soziale und materielle Ausgleich zwischen den Generationen ist für den **Zusammenhalt** unserer Gesellschaft von grosser Bedeutung. Die demografische Entwicklung erfordert zwingend tragfähige Reformen, insbesondere zum Schutz der Interessen der nächsten Generationen. Das Drei-Säulen-System, welches sich grundsätzlich bewährt hat, wollen wir erhalten.

Mit der schrittweisen Schaffung von **Anreizen**, über die Altersgrenze hinaus zu arbeiten, mit der Beseitigung von negativen Anreizen für die Anstellung von **älteren Arbeitnehmenden** und mit **flexiblen Lohn-, Arbeits- und Altersteilzeitmodellen** wollen wir für entsprechende Reformen eintreten. Die BDP will die Grundelemente des Systems und deren Stärken beibehalten, nämlich Umlageverfahren und Solidarität zwischen den Einkommensgruppen bei der AHV, das Kapitaldeckungsverfahren beim BVG sowie das Obligatorium bei der Krankenversicherung. **Bei der Finanzierung der AHV und des BVG ist eine weiterwachsende Lohnbelastung abzulehnen**, weil dies die internationale Konkurrenzfähigkeit unserer Wirtschaft beeinträchtigt.

Die Anzahl Rentnerinnen und Rentner nimmt im Verhältnis zu den Erwerbstätigen zu. Der damit verbundene Mittelbedarf darf nicht einseitig auf die Erwerbstätigen abgewälzt werden. Mit einer **automatischen Verknüpfung von Rentenalter und Lebenserwartung** kann den ökonomischen Realitäten Rechnung getragen werden. Die BDP will alles daransetzen, um den Generationenvertrag einerseits und die Verteilung der Lasten auf Staat, Wirtschaft, Erwerbstätige sowie Senioren andererseits möglichst gerecht zu gestalten. Die Staatsausgaben im Sozialbereich dürfen im Verhältnis zum BIP nicht mehr weiter steigen. Die **private Vorsorge** dagegen muss entschieden mehr und **nachhaltig gefördert werden**.

- Mit einer automatischen Verknüpfung von Rentenalter und Lebenserwartung kann den ökonomischen Realitäten Rechnung getragen werden und die Frage nach dem Rentenalter entpolitisiert werden. Die BDP hat vorgeschlagen, das Rentenalter künftig bei 80% der durchschnittlichen Lebenserwartung anzusetzen.
- Eine Erhöhung des Rentenalters erfordert auch Massnahmen gegen die Benachteiligung älterer Arbeitssuchender. Die BDP hat im Parlament ein Massnahmepaket gefordert, welches die Arbeitsmarktchancen für die ältere Generation verbessert. Namentlich ist dabei auch eine Vereinheitlichung der BVG-Sätze zu prüfen.
- Eine Pensionskassenpflicht schon im Alter von 18 Jahren ermöglicht ein frühes Sparen. Die längere Einzahlungsdauer und der höhere Sparbeitrag wirken sich positiv aus.
- Eine Einführung von Fiskalregeln (Schuldenbremse) ist unbedingt nötig, damit finanzielle Notlagen verhindert werden und eine Finanzierung zulasten anderer Aufgabenbereiche verhindert werden können.
- Mit dem Zugang zu neuen Anlagekassen können die Renditechancen der Pensionskasse verbessert werden, ohne die Risiken unverhältnismässig zu erhöhen. Es sollen deshalb die Grundlagen geschaffen werden, um in staatliche Infrastrukturfinanzierung investieren zu können.
- Eine zusätzliche Förderung der privaten Vorsorge könnte mit einer gewissen Solidaritätskomponente verknüpft werden.